

Dialog statt Reform

Jamaika Plus setzt auf schulpolitischen Austausch

Leverkusen (nm). Einen Wunsch haben die Schulleiter verschiedenster Schulformen gemein: Endlich in Ruhe ihrer Arbeit nachgehen zu können – ohne ständig neue Reformen von oben. Dies stellten die schulpolitischen Sprecher von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Freie Wähler in Gesprächen fest, die sie seit Frühjahr des Jahres mit den Leverkusener Schulleitern führen. Nach den Gesprächen mit Real-, Haupt- und Gesamtschule zogen die Politiker eine erste Zwischenbilanz. »Unser Eindruck ist sehr positiv. Die Schulleiter waren überrascht, dass sie uns einfach mal ihr Herz ausschütten konnten«, erzählt Bernhard Marewski (CDU). Man wolle den Schulkonvens für Leverkusen mittragen und den aktuellen Schulfrieden weiter stärken, so der Grundtenor. Zurzeit herrsche in Leverkusen eine äußerst vorbildliche Schullandschaft vor, erklärt er. Viel zu beanstanden habe es bislang nicht gegeben. Auch mit der Ausstattung zeigten sich die bisher angehörten Schulvertreter größtenteils zufrieden. Natürlich habe es

– wie auf jedem Wunschzettel – auch Wünsche gegeben, von denen man bereits im Vorhinein wisse, dass sie nie erfüllt werden können, schmunzelt Sabine Ingber (Freie Wähler). Diese haben sich aber im Rahmen gehalten. Mehr Kritik bezüglich baulicher Mängel erwartet sie jedoch von Seiten der Grundschulen, da hier noch erheblicher Sanierungsbedarf besteht.

Ein zentrales Thema, das die Schulen in den kommenden Jahren verstärkt beschäftigen wird, ist die Inklusion. Hier sei ein enger Dialog besonders wichtig, um den Eltern Alternativen vorzustellen, die den Kindern die jeweils individuell bestmögliche Lösung bieten. »Die Schulleiter sehen Inklusion mehr als Chance und Herausforderung denn als Belastung«, so Dr. Monika Ballin-Meyer-Ahrens (FDP), »doch sie wissen nicht, was da noch vom Land auf sie zukommt.« Eine erste Idee aus dem Schuldialog ist, für jede Schulform in Leverkusen jeweils eine Inklusionsschule vorzuhalten. Auch der Schulsozialarbeit wird wachsende Bedeutung

beigemessen. »Sozialarbeit ist Präventionsarbeit. Viele Schulformen haben bereits Sozialpädagogen als Ansprechpartner bei Konflikten, in anderen – wie zum Beispiel in den Berufskollegs – fehlen sie aber«, erklärt Dirk Trapphagen (Bündnis 90/Die Grünen). 13 entsprechende befristete Arbeitsstellen hat die Verwaltung auf Antrag nun ausgeschrieben.

»Die Verwaltung sieht unser Engagement nicht als Reinreden«, ist sich Bernhard Marewski sicher.

Dennoch gelte es darauf zu achten, dass die Inhalte des nächsten von der Stadtverwaltung zu erarbeitenden Schulentwicklungsplans mit den im Schulleiterdialog erarbeiteten Zielen von Jamaika Plus konform gehen.

Überraschend: Die Gemeinschaftsschule scheint in Leverkusen zurzeit kein Thema zu sein. Marewski: »Wir wollen die Schullandschaft nicht von uns aus verändern. Aber wenn sich die Anmeldezahlen an den Schulen ändern, müssen wir was tun. Hier wird nichts künstlich erhalten und auch nichts künstlich aufge-

putscht.« Monika Ballin-Meyer-Ahrens kann sich im Moment keine zwei Schulen vorstellen, die für eine Gemeinschaftsschule zusammengelegt werden könnten: »Das geht nur, wenn die Schulen dies selber wollen.« Da bleibt abzuwarten, wann die nächste Schulreform Schulleitern, Lehrern und Schülern auch hier die Entscheidung abnehmen wird.